

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

November/
Dezember 1981

Evangelische Verantwortung

Heft 11—12/1981

Nicht länger schweigen!

Lieber Leser!

Die sogenannte Friedensdiskussion ist, gerade auch im kirchlichen Raum, in vollem Gange. Ich will Argumente und Gegenargumente hier nicht erneut aufrollen. Heute geht es mir nur darum, auf einige Widersprüchlichkeiten der innerkirchlichen Auseinandersetzung hinzuweisen, die gerade der EAK nicht mehr länger schweigend hinnehmen darf.

1. Eine beträchtliche Rolle spielt bei den Vertretern der Friedensbewegung, vor allem aber bei den Verfechtern der These „Lieber rot als tot“ das Argument, daß die Freiheit nach einer kommunistischen Annexion Europas ja auch mit den Mitteln der „sozialen Verteidigung“ — früher sagte man dafür: des passiven oder auch gewaltfreien Widerstandes — verteidigt werden könne. Das Argument ist auch in kirchlichen Kreisen nicht neu. Es wurde z. B. auch im Zusammenhang der Debatte um das sogenannte Antirassismus-Programm des ÖRK verwendet. Damals fragten diejenigen Kreise, die gegen eine allzu vorschnelle Unterstützung gewalttätiger „Befreiungsbewegungen“ ihre Bedenken hatten, ob nicht der gewaltfreie Widerstand gegen ein Unrechtsregime die bessere, vor allem kirchlichem Denken adäquatere Verhaltensweise sei. Die Antwort der kirchlichen Linken war damals klar und, wenigstens für mich, überzeugend. Gewaltfreier Widerstand habe, so hieß es damals, nur unter zwei Voraussetzungen Aussicht auf Erfolg: Einmal müsse es sich um eine verhältnismäßig unentwickelte, agrarische Gesellschaft handeln; in einer hochtechnisierten Gesellschaft sei die Abhängigkeit des einzelnen viel zu hoch. Und zum anderen müsse der Gegner, mit dem es der gewaltfreie Widerstand zu tun habe, so geartet sein, daß mit letzter Brutalität nicht gerechnet werden müsse; es müsse sich gewissermaßen um ein „halb rechtsstaatliches“ System handeln. Nur weil beide Voraussetzungen zusammengekommen seien, habe z. B. die indische Widerstandsbewegung unter Gandhi gegen das britische Kolonialsystem Erfolg gehabt. Ich will hier nicht untersuchen, ob diese damalige Argumentation, so überzeugend sie mir selbst erscheint, wirklich in allen Punkten richtig ist. Aber es empört mich,

daß teilweise die gleichen Vertreter der kirchlichen Linken, die damals die Chancenlosigkeit gewaltfreien Widerstandes verfochten haben, ihn heute als Lösung empfehlen, und zwar genau für eine Situation, für die sie ihm damals die Aussichtslosigkeit attestiert haben. Denn Westeuropa ist nun einmal hochtechnisiert mit allen sich daraus ergebenden Abhängigkeiten seiner Menschen, und daß die Sowjetunion mit gewaltfreiem Widerstand binnen Tagen fertig wird, hat sie spätestens 1968 bei der Besetzung der Tschechoslowakei bewiesen. Man soll gerade in innerkirchlichen Auseinandersetzungen seinem Gegner nicht Unrecht tun. Aber ich für meine Person werde den Eindruck nicht los, daß Teile der kirchlichen Linken in dieser Frage jeweils so argumentieren, wie es ihnen gerade in den Kram paßt.

2. Die Friedens-Denkschrift der EKD enthält viele grundlegende und bedenkenswerte Überlegungen zur Frage der Friedenssicherung. Als Mitglied der Kammer für öffentliche Verantwortung, die dieses Dokument erarbeitet hat, trage ich aber nicht nur diese Stellen mit, sondern auch jene, die ich, wenn ich die Denkschrift allein zu verfassen gehabt hätte, so ganz gewiß nicht formuliert hätte. Aber die Kammer meidet aus guten Gründen Mehrheitsentscheidungen in zentralen Fragen und ist daher ganz besonders darauf angewiesen, daß ihre Äußerungen nicht alsbald von ihren Mitgliedern wieder in Frage gestellt werden. Das gilt mit Einschränkung gerade auch für ihre Äußerungen zu Punkt 8 der Heidelberger Thesen von 1959. Wir erinnern uns: die achte Heidelberger These lautete:

„Die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen“.

Die Friedens-Denkschrift der EKD vom November 1981 sagt dazu lapidar: „Die Kirche muß auch heute, 22 Jahre nach den Heidelberger Thesen, die Beteiligung am Versuch, einen Frieden in Freiheit durch Atomwaffen zu sichern, weiterhin als eine für Christen noch mögliche Handlungsweise anerkennen.“

Man hätte meinen sollen, daß damit die Frage nach dem „Noch“ von Heidelberg in der Kirche für eine gewisse Weile ausgestanden wäre, zumal ja auch Erhard Eppler der Kammer für öffentliche Verantwortung angehört. Wer seine Rede vor der Fellbacher EKD-Synode – zwei Tage vor der Veröffentlichung der Denkschrift! – hörte, wurde allerdings alsbald eines Besseren belehrt.

3. Im Grunde handelt es sich hier um die gleiche Erscheinung, die wir schon vom Umgang mit der Bergpredigt her kennen. Ich will hier nicht erneut untersuchen, was die Bergpredigt für das Handeln und Entscheiden des Politikers bedeuten kann. Dazu habe ich an anderer Stelle mehrfach meine Meinung gesagt. Eines aber weiß ich gewiß: Wenn die Bergpredigt den Politiker zu ganz bestimmten, an ihrem Wortlaut orientierten Entscheidungen verpflichtet, gilt das für alle Teile, nicht nur für einzelne, mehr oder weniger ausgesuchte Passagen. Es hätte dann – zum Beispiel – auch für Matth. 5,32 gegolten:

„Ich aber sage euch: Wer sich von seinem Weibe scheidet (es sei denn um Ehebruch), der macht, daß sie die Ehe bricht“.

Es ist nicht gerade überzeugend, daß heute, in der sogenannten Friedensdiskussion, Leute die Bergpredigt heranziehen, die bei der Reform des Ehescheidungsrechtes daran auch nicht entfernt gedacht haben.

Wenn ich diese Beispiele anführe, weiß ich natürlich, daß niemand, auch die CDU/CSU nicht, vor Widersprüchlichkeiten sicher ist. Aber dafür gibt es die öffentliche Diskussion, daß der eine Diskussionspartner dem andern solche Einseitigkeiten nicht durchgehen läßt. Gestalten wir also die weitere Auseinandersetzung danach!

Mit besten Wünschen für ein gesegnetes
Weihnachtsfest und alles Gute im Neuen Jahr

Ihr

Roman Jurek

Die Türkei braucht Europas Hilfe

Kai-Uwe von Hassel

Eine Analyse der schwierigen und umstrittenen inneren und äußeren Situation der Türkei bietet der folgende Beitrag von Bundestagspräsident a. D. Kai-Uwe von Hassel. Der Autor, der auch Mitglied des Europäischen Parlaments ist, fordert die Unterstützung der Türkei durch die Länder der EG, weil nur so eine Rückkehr der Türkei zu einer funktionierenden Demokratie gefördert werden kann.

I. Demokraten sind besorgt, daß in der Türkei Generäle am 12. September 1980 die Macht übernahmen und die türkischen demokratischen Einrichtungen auflösten. Die Regierung wurde des Amtes enthoben, das Parlament nach Hause geschickt.

Demokraten sind besorgt, ob die Türkei nun einen Weg der Militärdiktatur gehen wird. Griechenland, Portugal, Spanien oder Chile schrecken uns. Die europäischen Demokraten üben also Druck aus auf die türkischen Generäle, damit sie die Rückkehr zur Demokratie zu einem nahen Zeitpunkt vollziehen. Und mancher Europäer sieht dabei auf die Uhr und setzt ein zeitliches Limit: z. B. das Europäische

Parlament im April dieses Jahres mit einem Beschluß, der unter anderem eine Grenze von zwei Monaten setzt. Und wenn dieses Ziel dann nicht erreicht wird, dann müßten, so meinen manche Zeitgenossen, die politischen Organe im Westen Konsequenzen ziehen: die Europäische Gemeinschaft solle die Assoziierung der Türkei zur Europäischen Gemeinschaft aussetzen, die finanzielle Hilfe des Westens unterbrochen werden, der Straßburger Europarat solle die Türkei als Mitglied so lange ausschließen, bis freie Wahlen zur Wiederherstellung der türkischen Demokratie geführt haben werden. Wirtschaftliche Hilfe einzelner westlicher Staaten solle unterbleiben, die Militärhilfe für diesen Partner der NATO müsse zumindest überprüft werden.

Das alles klingt auch sehr nachdenkenswert; mancher meint: ja, so ist es, die Verantwortlichen müssen Konsequenzen ziehen.

Diejenigen, die so denken, möchte ich zunächst mit den Tatsachen bekannt machen, wie sie – von keinem Kenner bestritten – in der Türkei gegeben sind.

II. Die Lage vor dem 12. September 1980 sah so aus: Die Türkei glitt am Rande des Abgrundes entlang; seit 1975 nahmen die Attentate der Terroristen derartig zu, daß in den letzten Monaten vor der Machtübernahme durch die Militärs im Schnitt täglich 22 Tote gezählt wurden. In 24 Monaten wurden 5 241 Türken ermordet, 10 417 verwundet.

Die Verantwortung dafür tragen unstreitig der linke und der rechte Terrorismus. Die Waffen, die bei den Extremisten-Organisationen seit dem 12. September gefunden bzw. die durch die übrige Bevölkerung freiwillig abgeliefert wurden, machen ein Arsenal aus, das ausreicht, um zwei Armeecorps mit Handwaffen auszurüsten. Der Gesamtwert der beschlagnahmten und abgelieferten Waffen wird auf 500 Millionen amerikanische Dollar geschätzt. Von Gewehren und Pistolen über Munition aller Art bis zu Mörsern, Raketenwerfern und Flugabwehrkanonen und Flugabwehrmaschinengewehren sind von den Behörden alle möglichen Kampfmittel sichergestellt worden.

Das Land war in eine abgrundtiefe politische Polarität gestürzt. Das Gefühl äußerster Unsicherheit fand darin seinen Ausdruck, daß die Politisierung in alle Bereiche des sozialen, wirtschaftlichen und staatlichen Lebens drang: linke Polizisten — 17 000 an der Zahl — organisierten sich links, rechte Polizisten, vermutlich in gleicher Stärke, organisierten sich rechts. Auf der linken gab es die „Stimme der Revolution“, der 25 Morde nachgewiesen wurden, mit einem großen Kriegswaffenlager bis hin zu Offensivgranaten. Bei ihr fand man eine Liste von 3 000 Türken, die ermordet werden sollten. Die linksextreme verbotene Gewerkschaft hatte z. B. für den 1. Mai 1980 10 000 Gummiknüppel bereitgestellt.

Wurde ein Angehöriger der Rechtsextremen verletzt, wurde er in ein rechtsorientiertes Krankenhaus gebracht, weil man befürchtete, daß ein linksorientiertes ihn nicht richtig behandeln würde; und umgekehrt.

Die Gesetzgebung des Landes war völlig blockiert. In zehn Monaten wurde nicht ein einziges Gesetz verabschiedet. In den letzten fünf Monaten vor der Auflösung des Parlamentes hatte dieses turnusgemäß einen neuen Staatspräsidenten zu wählen. 120 Wahlgänge in fünf Monaten verliefen dabei ergebnislos! Die Justiz schließlich war stärkstem Terror und Druck von außen unterworfen.

Die Wirtschafts- und Finanzlage war desolat. Die Inflationsrate überschritt die 100 Prozent-Grenze. Export und Import war nahezu auf eine Null-Marke abgesunken. Die Auslastung der Fabriken lag unter 50 Prozent. Hinzu kam, daß das Gewicht der Bürokratie alle individuellen Initiativen zunichte machte.

Vor diesem deprimierenden Hintergrund wurden am 12. September 1980 die „alten“ Politiker ausgeschaltet, einige wurden in Haft genommen. Die rechtsextremen Politiker befinden sich noch in Haft und unter schwerster Anklage, die ihnen keineswegs politisches Vergehen oder politisches Versagen, sondern kriminelle Handlungen — bis zum erklärten Mord — vorwirft.

Das totale Versagen der politischen Parteien und ihrer Repräsentanten wird übrigens von niemandem in der Türkei bestritten. Kor-

ruption und Unfähigkeit waren weit verbreitet. Diese Erkenntnis hat die gegenwärtige Generalsregierung dazu veranlaßt, den Redemokratisierungsprozeß ohne diese Politiker durchzuführen.

Das Urteil der Kenner besagt eindeutig, daß die politischen Kräfte nicht mehr fähig waren, die Lage des Landes wieder zu stabilisieren, den Gefahren des Terrorismus zu begegnen, das Morden zu beenden, die Ruhe wieder herzustellen, Wirtschaft, Währung und Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, dem Land wieder Ansehen und Vertrauen in der Welt zu verschaffen. Die Türkei war am Ende, der Bürgerkrieg stand vor der Tür, die Sowjetunion und die PLO waren „ante portas“.

III. Seither hat sich die Lage in der Türkei zusehends und wesentlich stabilisiert. Ruhe und Ordnung sind wieder eingetreten. Die Anschläge der Terroristen sind zwar noch nicht in allen Landesteilen völlig unterbunden, die Zahl der Terror-Toten ist aber seit langem auf unter 1 pro Tag gesunken.

Die Wirtschaft beginnt wieder zu funktionieren, die Ausfuhren sind bereits merklich gestiegen, die Wanderarbeiter überweisen wieder die im Ausland verdienten Devisen in die türkische Heimat, ein Zeichen für das wachsende Vertrauen, das sie selbst in ihr eigenes Land setzen. Eine Steuerreform ist eingeleitet, die Steuermoral hat sich entschieden verbessert. Die Regierung hat bekanntgewordene Fälle von Folterungen zur Anklage gebracht; eine Reihe von Urteilen sind bereits gefällt. Der vor allem im Ausland stark kritisierte Umstand, daß Verhaftungen ohne richterliche Anordnung bis zur Dauer von 90 Tagen aufrechterhalten werden können, ist inzwischen durch eine Reduzierung dieser Frist auf 45 Tage verbessert worden. Und selbst diese Regelung gilt nur bei Kollektivverdacht gegenüber terroristischen Organisationen und ihren Anhängern.

Allen politischen Beobachtern stellt sich nun die Frage, ob die Generäle wirklich bereit sind, den Demokratisierungsprozeß nachhaltig zu fördern. Für den vorurteilslosen Kritiker gibt es gar keinen Zweifel daran, daß dies ihr eindeu-

tiges Ziel ist. Im Gegensatz zu den Militärs in Lateinamerika oder in anderen Teilen der Welt sind die türkischen Armeeingehörigern im Volke derart verankert; ihre Grundhaltung ist immer demokratisch gewesen. Sie haben das im übrigen 1960 bewiesen — und 1971 — als die Politiker, schon zweimal seit dem 2. Weltkrieg, versagten.

Die türkischen Generäle haben ein Ziel: die politische Verantwortung wieder aus der Hand zu legen und ihrer eigentlichen Aufgabe wieder nachzugehen, nämlich ihr Vaterland nach außen zu schützen.

Der Umstand, daß die türkische Militärregierung mittlerweile die „alten“ politischen Parteien per Dekret aufgelöst und deren Vermögen eingezogen hat, mag manchen politischen Beobachter irritieren, insbesondere angesichts der noch frischen Verurteilung des ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit zu vier Monaten Freiheitsstrafe. Obgleich solche Handlungen keineswegs dem herrschenden Verständnis von einer funktionierenden Demokratie im westlichen Sinne entsprechen und Besorgnis erregen können, wäre es indessen falsch und voreilig, hierin eine grundsätzliche Ab-

Aus dem Inhalt

Nicht länger schweigen! Roman Herzog	1
Die Türkei braucht Europas Hilfe Kai-Uwe von Hassel	2
Das „C“ gewinnt wieder an Bedeutung Rückblick auf den 30. Bundesparteitag der CDU in Hamburg Gustav Wiegand	4
Kurz notiert	6
Wahrheit bringt Freiheit! Manfred Schmidt	8
Innerdeutsche Kontakte intensivieren Erfahrungsbericht über eine Studienreise des EAK Bremen in die DDR Friedrich Menke	9
Aus unserer Arbeit	11/12/16
Gewissen contra Verfassungstreue? Friedrich Vogel	13
Friede ist mehr als die Abwesenheit von Krieg Hans-Georg Knoche	14

kehr der Generäle vom Ziel der Wiedererrichtung demokratischer Zustände in der Türkei zu sehen. Die Generalsregierung – insbesondere General Evren in seinen Reden vom 1. und 23. Oktober 1981 – hat in allen öffentlichen Erklärungen nachdrücklich hervorgehoben, daß sie selbst sich als – notwendige – vorübergehende Lösung ansieht. Die Dauer dieses Provisoriums hängt nach offizieller türkischer Auffassung von der Zeit ab, welche für die Schaffung solider und dauerhafter Grundbedingungen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art zur Wiedererrichtung demokratischer Strukturen in pluralistischer Ausführung benötigt wird.

In der Zwischenzeit ist der Demokratisierungsprozeß gemäß den bereits am Anfang geäußerten Absichten eingeleitet. Eine verfassungsgebende Versammlung aus Vertretern von 67 Provinzen und des Nationalen Sicherheitsrats ist bestellt und am 23. Oktober zur Konstituierung zusammengetreten. Sie hat einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten, der danach einer öffentlichen Aussprache unterzogen und anschließend in einem Referendum der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird. Mit diesem Referendum wird zu Beginn des Herbstes 1982 gerechnet werden können. Danach wird ein Gesetz über die Zulassung politischer Parteien erarbeitet und ein Wahlgesetz konzipiert.

Aus allen Erklärungen geht eindeutig hervor, daß dieser Verfas-

sungsentwurf freie Wahlen als die einzige Quelle der politischen Macht und der Legitimität vorsehen wird, daß die Legislative von der Exekutive unabhängig, daß die Regierung dem Parlament verantwortlich bleibt und daß die Trennung der staatlichen Gewalten sichergestellt wird. Es ist gewiß verfrüht, genau zu prognostizieren, wie die Verfassung aussehen wird. Es zeichnen sich Tendenzen ab, wonach sie sich stark an die französische Verfassung anlehnen wird.

Ich gehe persönlich davon aus, daß die allgemeinen Wahlen und die daran anschließende Bildung einer Regierung nach der Sommerpause 1983 durchgeführt werden können, sofern keine unerwarteten Rückschläge eintreten.

IV. Wer den Prozeß der Redemokratisierung erfolgreich zu Ende führen will, muß dazu der Türkei die nötige Zeit lassen und ihr im übrigen alle erforderlichen Hilfestellungen geben. Der Prozeß wird nur erfolgreich verlaufen, wenn Wirtschaft und Finanzen konsolidiert werden, wenn die soziale Ordnung ausreichend gefestigt ist und wenn damit neues Vertrauen in den Staat geschaffen wird. Dieses Vertrauen war vor dem 12. September 1980 auf Null reduziert.

Wer aber die nötige Zeit nicht zur Verfügung stellen will, sondern auf eine schnelle Redemokratisierung drängt, der mag dies vielleicht erreichen, die Demokratie wird dann

aber schnell aufs neue im Chaos enden. Alle wohlwollenden Politiker und Parlamente außerhalb der Türkei müssen die Bereitschaft zu dieser Geduld aufbringen.

Der Prozeß wird sich leichter vollziehen, wenn die Beziehungen zwischen der Türkei und der westlichen Welt nicht geschwächt sondern gestärkt werden. Die Europäer müssen sich ihrer politischen Bedeutung und Verantwortung für die Zukunft der Türkei bewußt werden. Seit Jahrhunderten ist die Türkei ein begehrenswertes Objekt für die zaristische und dann die sowjetische Expansionspolitik gewesen. Die Sowjetunion wird nicht zögern, die Türkei vom Westen zu isolieren, wenn sie eine Abschwächung der Verbindungen zwischen der Türkei und dem Westen feststellt, die seit 1947 eng gestaltet waren.

Den Interessen der Türkei und unseren ist am besten dadurch gedient, daß die Verbindungen, die gegenwärtig zwischen der Türkei und den verschiedenen europäischen und atlantischen Institutionen bestehen, nicht nur aufrechterhalten, sondern verstärkt werden.

Jede voreilige Handlung würde zur Umkehrung der von uns gewünschten Effekte führen. Europa hat die Pflicht, alles zu versuchen, um die Türkei enger an sich zu binden und sie tiefer in der westlichen Welt zu verankern, anstatt das Land zu verurteilen und zu isolieren.

Das „C“ gewinnt wieder an Bedeutung

Rückblick auf den 30. Bundesparteitag der CDU in Hamburg

Gustav Wiegand

„Mit der Jugend – Unser Land braucht einen neuen Anfang“. Unter diesem Motto stand der 30. Bundesparteitag der CDU vom 2.–5. November in Hamburg, den nachfolgend der Mitarbeiter des Informationsdienstes der Evangelischen Allianz „Idea“, Gustav Wiegand, kommentiert.

Selten ist auf einem Bundesparteitag der CDU soviel von religiöser Grundlage und christlicher Verantwortung geredet worden wie jüngst

beim 30. Bundesparteitag in Hamburg. Nicht allein, daß der Parteivorsitzende Helmut Kohl in seiner großen Grundsatzrede die christliche Verantwortung beschwor. Auch in dem sogenannten Leitantrag des Vorstandes, einem umfangreichen programmatischen Grundsatzpapier, stand in der Präambel: „Für uns christliche Demokraten gibt es keinen neuen Anfang ... ohne den Glauben an Gott“. Und man glaubte es Heiner Geißler, dem General-

sekretär, der dieses Papier wesentlich beeinflusste, als er sagte, es habe Mut dazu gehört, dieses so und nicht anders in die Präambel zu schreiben. Wenn auch dieser Mut in den „neuen Anfang“ gehört, von dem in Hamburg ständig gesprochen wurde, dann ist so etwas wie Besinnung in diese große Volkspartei eingezogen.

Ohne Zweifel lag aber das Schwergewicht der Hamburger Tage bei dem Dialog mit der Ju-

gend – einem Vorhaben, das eigentlich niemand so recht der Partei Helmut Kohls zugetraut hatte. Das Experiment, vor dem sich manche gefürchtet hatten, gelang, und man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, die CDU habe etwas vom Hamburger Kirchentag gelernt. 500 jugendliche Menschen, beileibe nicht alles Parteigänger, waren gekommen und nahmen einen ganzen Tag an Diskussionen und Debatten, in den Wandelgängen und Nebenräumen ebenso wie im Plenum, teil. Auffällig, wie routiniert, aber auch wie kooperativ hier junge Leute in Turnschuhen, Jeans und Pullovern es fertig brachten, im Zeitlimit von drei Minuten bemerkenswerte Worte an den Mann zu bringen. Helmut Kohl hatte über 90 Wortmeldungen in der Plenardebatte zu moderieren – bereit, auch manchen politischen Tiefschlag hinzunehmen. Im großen und ganzen ist festzustellen, daß nicht wenige Schranken zwischen Jugend und CDU gefallen sind.

Allerdings ist nicht zu verheimlichen, daß die bewußt christlich oder kirchlich motivierten Jugendlichen – etwa aus der Eppler-Ecke oder von der Pax Christi – eigentlich den schlechtesten Eindruck hinterließen. Politische Reife zeigten die oftmals verbissenen und nur mit ein paar Bibelzitate auftretenden Jugendlichen nicht. Ob junge Christen in politisch wirklich soviel Ideologie bringen müssen? Wenn sie sich in parteipolitische Gefilde begeben, werden sie künftig wohl mehr an realpolitischem Sinn zeigen müssen. Gesinnung allein genügt nicht.

In diesem Zusammenhang wird man das glänzende Eingangsreferat des Berliner Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker nicht vergessen dürfen. Ihm war es zugefallen, diese riesige stundenlange Debatte der 500 Jugendlichen mit dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl einzuleiten, und zwar bewußt

mit Blick auf die Friedensbewegung, die Nachrüstung und ganze Problematik der jungen Generation. Der ohne Zweifel nach seinem Berliner Erfolg souveräner gewordene Programmatiker der CDU verleugnete dabei seine Erfahrungen als Präsident des Hamburger Kirchentages nicht. Einen großen Teil seines Referats widmete er dem christlich geprägten Teil der Friedensbewegung unserer Tage. So sagte er zu den Friedensansichten von Dorothee Sölle: „Das ist nicht mehr der Frieden, von dem die Bibel spricht...“. Und an einer anderen Stelle formulierte von Weizsäcker: „Wer Angst überwinden will, benötigt mehr als Einsicht und Macht. Glaube und Gnade überwinden sie. Die Zuversicht des Glaubens ist, daß die Erfahrungen der Gewalt nicht das letzte Wort behalten!“ Mögen diese Worte, in einer Sternstunde der CDU-Politik formuliert, in der Friedensdiskussion nicht so schnell untergehen.

Aufruf des EAK Bremen:

Keine Kürzung der Mittel für Privatschulen

Die Absicht des Senats, das Privatschulgesetz so zu ändern, daß die Zuschüsse von 85 auf 75 Prozent zum 1. August 1982 reduziert werden und bei Neugründung von Privatschulen bzw. -schulstufen frühestens nach drei Jahren eine staatliche Unterstützung erfolgen kann, ist entschieden abzulehnen. Der Senat wendet sich vor allem gegen evangelische und katholische Schüler und deren Eltern. Betroffen sind neben der Freien Walldorfschule vor allem die katholischen Schulen sowie das Ökumenische Gymnasium, das am 1. August 1981 seinen Unterricht für zunächst 93 Schüler in den Klassen 5–7 aufgenommen hat. Das Ökumenische Gymnasium hat seine Anerkennung in jahrelangen harten Auseinandersetzungen mühsam erkämpft; jetzt soll ihm die Zukunftsperspektive genommen werden.

Diesen privaten Schulträgern muß ausreichende Unterstützung und Hilfe gewährt werden, um das staatliche Schulwesen zu korrigieren und zu ergänzen. Insbesondere im Lande Bremen ist dies erforderlich, da durch die von der SPD schon weitgehend vollzogene Zerschlagung des gegliederten Schulwesens eine Uniformität im Bildungswesen erreicht ist, die den unterschiedlichen Begabungen und Neigungen nicht mehr gerecht wird. Das Bildungsangebot muß gerade im Bereich der allgemeinbildenden Schulen breit gefächert bleiben. Die von der SPD nunmehr beabsichtigte Benachteiligung der Privatschulen ist ideologisch bedingt. Das finanzielle Argument wird lediglich als Vorwand benutzt, denn mit der Zuschußkürzung wird nur ein kurzfristiger Spareffekt erreicht. Während bei den laufenden Kosten die öffentlichen Schulen vom Staatshaushalt zu 100 Prozent getragen werden müssen, belasten die Privatschulen den Staatshaushalt zur Zeit nur mit 85 Prozent. Hinzu kommt, daß die investiven Kosten (Einrichtungen und Bau) bei den öffentlichen Schulen voll vom Staat finanziert werden, im Unterschied dazu tragen die Privatschulen diese Kosten jedoch völlig allein.

Die darüber hinaus beabsichtigte sofortige Einführung einer dreijährigen Wartezeit bei der Bezuschussung von Privatschulen ist eine gezielte Maßnahme gegen die im Aufbau befindlichen Privatschulen, die gerade unter großem Zustrom trotz aller vom Senat bereiteten Schwierigkeiten ihren Schulbetrieb aufgenommen haben.

Gegen die beabsichtigten Maßnahmen der SPD ist massiver politischer Widerstand zu leisten.

Dr. Friedrich Menke, MdBB

Vorsitzender des EAK der CDU in Bremen

„Frieden wahren, fördern und erneuern“ Eine Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland

Bonn: Als einen gewichtigen und willkommenen Beitrag zur Versachlichung und Vertiefung der sogenannten Friedensdiskussion bezeichnete der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, die Denkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“ der EKD. Durch die gründliche Aufarbeitung der für die gegensätzlichen Positionen sprechenden Argumente und der gegen sie anzuführenden Gegenargumente werde die weitere Diskussion weit über die christlichen Gemeinden hinaus auf eine rationalere Grundlage gestellt. Die Denkschrift vermeide es zu Recht, für eine der beiden Positionen „lehramtlich“ Stellung zu beziehen. Das Ziel der Verfasser, Anstöße zum Denken zu geben, sei voll erreicht. Mehr dürfe die Kirche im Rahmen ihrer „politischen Diakonie“ auch nicht. Besonders anerkennenswert sei es, daß die Denkschrift die 8. Heidelberger These (1959), wonach die Kirche die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen müsse, entgegen den Forderungen der sogenannten Friedensbewegung auch für die Gegenwart bestätigt habe.

Der vollständige Text der Denkschrift ist erschienen im Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn und über den Buchhandel erhältlich, Preis: 4,80 DM.

Die folgende Zusammenfassung soll unseren Lesern die Möglichkeit bieten, sich einen kurzen Überblick über den Inhalt der Denkschrift zu verschaffen.

Die Denkschrift knüpft an die Tradition früherer Stellungnahmen der EKD zu Problemen des Friedens an und bezieht diese auf die gegenwärtige Friedensdiskussion. Sie bemüht sich um eine Verbindung von politischer Analyse und theologisch-ethischer Argumentation. In erster Linie möchte sie die Engführung der Friedensdiskussion auf militärische Fragen überwinden und die politische Dimension der Friedensfrage zurückgewinnen: Es „muß nach neuen Wegen gesucht werden, um die politischen Wege der Konfliktbewältigung gegenüber der militärischen Verfestigung des Weltkonfliktes zu stärken und zu erneuern ... Dazu ist Verhandlungsbereitschaft und eine erneute Diskussion der politischen Ziele der Friedenssicherung

vonnöten, in der die schrittweise Abkehr von den dominierenden militärischen Vorstellungen des Gleichgewichts und der Konfliktbewältigung hin zu neuen und anderen Formen gegenseitiger Anerkennung im Konflikt und innerhalb des Gleichgewichts der Kräfte vorbereitet werden. Das Ziel muß die Ausbildung einer politischen Friedensordnung sein, die den Abbau militärischer Gewaltmittel möglich macht“ (51).

Die Denkschrift ist in zwei Hauptteile mit insgesamt fünf Kapiteln gegliedert.

In Kapitel I werden die Faktoren zusammengestellt, die zur Zuspitzung der Friedensfrage geführt und die Arbeit an der Denkschrift motiviert haben. Dann wird auf die Krise der Entspannung und die Rüstungsspirale eingegangen. Anschließend werden die Situation der Länder im Armutsgürtel der Erde und der Schwellenländer, die besondere Rolle des Nahostkonflikts und der verschärften öffentlichen Auseinandersetzungen in Westeuropa behandelt. Das Kapitel schließt mit einer Erörterung der Abrüstungsprobleme, des Gleichgewichtsgedankens und der Funktion vertrauensbildender Maßnahmen.

Kapitel II schildert die politischen Bemühungen um die Sicherung des Friedens nach dem Zweiten Weltkrieg.

Kapitel III referiert kirchliche Beiträge zum Frieden: die „Heidelberger Thesen“ über Krieg und Frieden im Atomzeitalter von 1959, die Formel „Friedensdienst mit und ohne Waffen“ vom Kirchentag 1967, die sogenannte Ostdenkschrift von 1965 und weitere Äußerungen der EKD. Es beleuchtet dann die gegenwärtige Diskussion innerhalb der Kirche und stellt vier Friedensinitiativen vor.

Kapitel IV enthält eine theologische Besinnung über das christliche Gebet um den Frieden und über die Hoffnung des Glaubens: „Die Kirche bezeugt im Gottesdienst die Gemeinschaft Gottes mit den Menschen, die zur Gemeinschaft der Menschen untereinander und zur Ordnung des Friedens führen will“ (44). Daraus folgt: „In der Zielrichtung christlicher Ethik liegt nur der Frieden, nicht der Krieg. Das Friedensgebot ruft auf zur Bejahung des Lebens auch und gerade in Situationen des Konfliktes“ (45). Diese Definition des Friedens als „Bejahung des gemeinsamen Lebens“ wird anhand der bestehenden Einstellungen zum Frieden abgehandelt mit dem Ziel einer Ausrichtung der politischen Ethik auf eine politische Sicherung des Friedens.

In Kapitel V wird die ethische Orientierung konkretisiert: „Die Kirche muß

durch ihr öffentliches Wort das ihre dazu beitragen, der notwendigen Einsicht zum Durchbruch zu verhelfen, daß der Friede Lebensbedingung des technischen Zeitalters und Krieg unter keinen Umständen ethisch zu rechtfertigen ist. Krieg muß als politisches Mittel überwunden werden“ (58). Aber: „Die Rüstungstechnik hat sich dahin entwickelt, daß militärische Aktionen technisch wieder exakter eingegrenzt werden können. Dies könnte die Versuchung zur kriegerischen Konfliktaustragung befördern“ (58/59). So stellt die Denkschrift die Frage, „ob der Stand der Rüstung und der Waffenentwicklung nicht einem Punkte zustrebt, an dem die Waffentechnik von sich aus das Scheitern der Politik im Spannungsfeld der großen Machtblöcke wahrscheinlich macht“ (50). Denn möglicherweise „... wird der Zeitpunkt kommen, wo Skandal und Risiko der Rüstungsspirale höher veranschlagt werden müssen als der Nutzen des Abschreckungssystems“ (69).

Der Ausweg, den die Denkschrift weist: „Der Vorrang der militärischen Konfrontation muß ersetzt werden durch den einer politischen Kooperation“ (67). Konkret bedeutet dies, „die positiven Erfahrungen mit der Entspannung in Europa umsetzen auf andere Spannungsherde in der Welt und zu Schritten in die notwendige Richtung einer internationalen Friedensordnung ermutigen“ (66). Eine solche Friedensordnung wird an anderer Stelle erläutert: „Überall dort, wo Vereinbarungen und Bündnis gelingen, sei es im Sinne der Rechtsordnung des einzelnen Staates (innerer Frieden), sei es im Sinne gelingender Staatenbündnisse, gibt es die uns bekannte und zu fordernde Wirklichkeit, daß Menschen und Staaten ohne Rüstung miteinander leben können. Es ist möglich, kraft ernsthafter Politik der gegenseitigen Anerkennung von Recht und Interessen, Situationen zu befördern, in denen ohne Rüstung gelebt werden kann“ (57). Auf dem Wege dazu stehen vertrauensbildende Maßnahmen und Verhandlungen: „Auch kalkulierte einseitige Schritte sollten ernsthaft geprüft werden, wenn durch sie Abrüstungsverhandlungen gefördert werden können“ (69); ausdrücklich wird jedoch gefordert, daß „einseitige Vorleistungen wie die Zurückstellung von Modernisierungsmaßnahmen mit dem Ziel von Verhandlungen ... das Gleichgewicht in dem beschriebenen umfassenderen Sinn nicht außer Kraft setze“ (22). Auch wird „... die Prüfung der Möglichkeit einer allmählichen Umrüstung auf Waffen ... die typisch defensiven Charakter haben, also für die Führung von Angriffskriegen ungeeignet sind“ (22) angeraten

und diesem Vorschlag ein eigener Abschnitt gewidmet (68).

Das Kapitel V erörtert auch die heutige Geltung der „Heidelberger Thesen“: Hier heißt es: „1959 stellten die Heidelberger Thesen die Kirche vor die Aufgabe, ‚das Bewußtsein dafür wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf‘ (zu These X). Es trifft zu, daß dieser Zustand auch 1981 noch dauert. Deshalb müssen unsere Kirchen und Gemeinden zuerst sich selbst betroffen der Frage aussetzen, ob sie nicht mehr für seine Überwindung hätten tun können und was sie heute dafür tun können“ . . . „Die Aufgabe, das Bewußtsein dafür wachsen zu lassen, daß der heutige Zustand nicht dauern darf, besteht heute dringender als vor 22 Jahren. Deshalb wächst gerade auch in der Kirche die Zahl derer, die keine Geduld mehr haben und den Zustand der atomaren Konfrontation und des Wettrüstens nicht mehr erträglich finde. Die Kirche hat für sie Achtung und Verständnis. Gerade auch in der heutigen Situation muß die Kirche den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen“ (54) Gleichzeitig wird betont, „daß es für einen Frieden in Freiheit weder durch atomare Rüstung noch durch den Verzicht auf sie eine Garantie gibt. Beide Optionen sind mit hohen Risiken verbunden, die sich schwer gegeneinander abwägen lassen. Sie werden auch von Christen aufgrund unterschiedlicher Analysen unterschiedlich eingeschätzt. Inzwischen ist kein wesentlicher Fortschritt zu einer Friedensordnung erzielt worden, die sich nicht auf atomare Abschreckung gründet. Die Kirche muß auch heute, 22 Jahre nach den Heidelberger Thesen, die Beteiligung am Versuch, einen Frieden in Freiheit durch Atomwaffen zu sichern, weiterhin als eine für Christen noch mögliche Handlungsweise anerkennen. Deshalb hat die Kirche Achtung und Verständnis für diejenigen, die in der Bundeswehr Dienst leisten“ (54/55). Dieser Dienst „ist nur in einem Rahmen ethisch vertretbar, in welchem alle politischen Anstrengungen darauf gerichtet sind, Kriegsursachen zu verringern, Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbewältigung auszubauen und wirksame Schritte zur Senkung des Rüstungsniveaus zu unternehmen“ (55). Und die Kirche kann, wenn sie diese Anerkennung aufrecht erhält, dies „nur mit einer verstärkten Verpflichtung für sich selbst verbinden, alles in ihren Kräften Stehende für einen Abbau der Rüstung und für den Aufbau einer den Frieden auf andere Weise sichernden Ordnung des Zusammenlebens der Völker zu tun“ (55).

Abschließend gibt die Denkschrift Anregungen, wie das Verständnis für den Frieden im privaten und öffentlichen Leben gefördert werden kann. Es gilt, die Gewöhnung an den Zustand atomarer Bedrohung zu verhindern, den verständigen Umgang mit Bedrohtheits-

vorstellungen zu fördern, Kompromißbereitschaft zu wecken und die öffentliche Darstellung von Gewalt zu unterbinden. Als Beitrag der Kirche empfiehlt die Denkschrift, „daß der Rat der EKD die Initiative ergreift und sich darum bemüht, daß regelmäßig Friedensgutachten erstellt werden, die aufgrund aktueller Analyse eine Empfehlung für den absehbaren nächsten möglichen Schritt zur Abrüstung und in Richtung auf politische Friedensordnungen geben sollen. Im Zusammenhang damit sollte die Aufgabe kontinuierlicher sorgfältiger und verlässlicher Information der Öffentlichkeit über grundlegende politische Entwicklungen, Gefahren für den Frieden, Entspannung und Abrüstung durch den Rat der EKD gefördert werden“ (69).

Entwicklungspolitische Thesen des EAK-Bundesvorstandes

Bonn: In einem Kommentar im Südwestfunk nahm Dr. Klaus Lefringhausen, Bonn, Geschäftsführer des Dialogprogramms der Kirchen „Entwicklung als internationale soziale Frage“ wie folgt zu den am 23. Oktober 1981 veröffentlichten „Thesen des EAK-Bundesvorstandes zur Entwicklungspolitik“ Stellung: „Als Einladung für weiterführende Gespräche versteht der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU die publizierten 9 Thesen zur Entwicklungspolitik. Beabsichtigt ist, kirchliche und entwicklungspolitisch engagierte Gruppen zu bitten, auf diese Thesen zu reagieren, damit endlich ein Dialog zustande kommt, der in diesem für die Zukunft dieser Welt so wichtigen Bereich der Politik längst überfällig ist.

Allzu oft haben ideologische Abgrenzungsinteressen, Berührungängste und der Gebrauch von Reizworten den Dialog erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht.

Was an diesen Thesen reizt nun, darauf zu reagieren?

1. Die Thesen fordern, daß die Industrieländer trotz der hohen Arbeitslosigkeit ihre Märkte nicht vor Produkten der Entwicklungsländer verschließen, sondern daß sie den schmerzhaften Strukturwandel hinnehmen, der sich aus einer neuen Arbeitsteilung zwischen Nord und Süd ergibt. Diese Absage an die Versuchung, sich protektionistisch vor der Niedrigpreiskonkurrenz aus Übersee zu schützen, ist gerade gegenwärtig eine Mutfrage, doch erfordert das einen neuen Dialog mit den von Schrumpfungprozessen besonders betroffenen Branchen.

2. Ein Novum für eine Partei, die weithin als Wirtschaftspartei angesehen wird, ist die Aussage, daß die kulturelle Dimension des Entwicklungsprozesses bisher unter- und die wirtschaftliche

Dimension überbewertet worden ist. Diese Aussage könnte zu weitreichenden Konsequenzen führen.

3. Je nach kultureller Situation sollen Möglichkeiten gefunden werden, wie es wörtlich heißt: „Problemen der Bevölkerungsexplosion gerecht zu werden“.

Hier wird mit der gebotenen politischen Vorsicht angedeutet, daß ein Thema, das bisher weithin mit Tabus belegt war, endlich angemessen erörtert werden muß.

4. Schließlich noch eine weitere Aussage, die aufhorchen läßt. Es heißt in den Thesen:

„Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität können für die Dritte Welt und damit auch für uns nur dann gefördert werden, wenn Entwicklungspolitik, Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftspolitik und auswärtige Kulturpolitik eine Einheit bilden“.

Bisher hieß es immer, die Entwicklungspolitik habe sich der Außen- und Wirtschaftspolitik unterzuordnen. Wenn nun von der Einheit dieser Politikbereiche die Rede ist, dann bedeutet das doch, daß z. B. auch die Außen- und Wirtschaftspolitik entwicklungspolitische Verantwortung tragen. Das heißt, daß es nicht mehr reicht, diese Politiken nur von den eigenen Interessen her zu legitimieren, sondern auch von dem her, was man als Weltgemeinwohl interpretieren könnte. Daß dieses gleichzeitig die beste, weil aufgeklärte Vertretung eigener Interessen sein kann, darüber würde man gerne einmal mit den Autoren dieser Thesen, aber auch mit der Gesamtpartei ins Gespräch kommen.“

Grußwort des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl zur 4. Tagung der 6. Synode der EKD in Fellbach

Sehr geehrter Herr Präses,

Ihnen und den Teilnehmern der 4. Tagung der 6. Synode der EKD übermittle ich – auch im Namen der CDU Deutschlands – herzliche Grüße und Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf der Tagung.

Dem Schwerpunkt dieser Tagung – der Beschäftigung mit der Bibel – kommt eine besonders wichtige Rolle zu in einer Zeit, in der insbesondere junge Menschen nach dem Sinn des Lebens fragen, nach Orientierung und Halt suchen. Diesen Menschen muß deutlich gemacht werden, daß dieser Sinn des Lebens nicht nur in der ständigen Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen liegt, sondern daß die Bibel und das Wort Gottes Antworten auf diese Fragen anbietet. Ganz besonders aber brauchen wir die Haltungen und Einstellungen, die den Menschen aus

dem christlichen Glauben zufließen können. Demut und Bescheidenheit, Aufrichtigkeit, Fähigkeit zum Opfer, die Bereitschaft zum Dienst und Fähigkeit zur Hoffnung.

Mit großer Dankbarkeit erkennen wir an, was durch die Kirche und ihre Einrichtungen und besonders durch die

Gläubigen täglich im Geiste christlicher Nächstenliebe und im Bereich der Diakonie geleistet wird.

Wir sind der festen Überzeugung, daß eine Erneuerung unserer Gesellschaft und die Lösung der schweren und bedeutenden Probleme der Zukunft nur aus diesem Geist stattfinden kann.

Ich glaube, daß die Kirche diese wichtige Aufgabe für unser Gemeinwesen umso besser erfüllen kann, je entschiedener sie ihren Auftrag, das Evangelium Jesu Christi zu verkündigen, erfüllt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Helmut Kohl

Wahrheit bringt Freiheit!

Manfred Schmidt

Es ist guter Brauch, die Schloß-Bürger-Gespräche des EAK mit einem geistlichen Wort einzuleiten. Das geistliche Wort zum diesjährigen 5. Schloß-Bürger-Gespräch über „Das christliche Menschenbild und die Soziale Marktwirtschaft“ sprach Pfarrer Manfred Schmidt zu Johannes 8, 31-36: „Da sprach nun Jesus zu den Juden, die an Ihn glaubten: Wenn ihr bleiben werdet an meiner Rede, so seid ihr in Wahrheit meine Jünger und werdet die Wahrheit erkennen und die Wahrheit wird euch frei machen. Da antworteten sie ihm: Wir sind Abrahams Kinder und sind niemals jemandes Knecht gewesen. Wie sprichst du denn, ihr sollt frei werden? Jesus antwortete ihnen: Wahrlich, ich sage euch: Wer Sünde tut, der ist der Sünde Knecht. Der Knecht aber bleibt nicht ewiglich im Hause; der Sohn aber bleibt ewiglich. Wenn euch der Sohn frei macht, so seid ihr recht frei.“

Häufig erscheint uns die Geschichte als ein fortwährender Kampf des Menschen um mehr Freiheit: das ist ja das eigentliche Menschenrecht; die Unterdrückung, die Sklaverei, die Herrschaft des Menschen über den Menschen ist das eigentliche Unrecht.

Freiheitskampf und Freiheitskämpfer wohin man sieht, und auf der anderen Seite: Asylanten, Freiheitsflüchtlinge in nie dagewesenem Ausmaß: Vietnamesen, Polen, Pakistani.

Nachdenklich dürfen wir uns fragen: Bringen die Revolutionen, die wir miterleben, bringt der Freiheitskampf so vieler Völker und Gruppen diesen wirklich mehr Freiheit? Läßt sich das Problem der Unfreiheit wirklich mit Waffengewalt lösen?

Doch bleibt die Frage: Haben nicht die Afghanen ein Recht, für

ihre Freiheit zu kämpfen? Muß nicht die Apartheid notfalls mit Gewalt beseitigt werden? Haben nicht die Palästinenser das Recht, frei in einem eigenen Staat zu leben?

Und die Juden? Und dann wir Deutschen — haben nicht auch wir das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung? Haben nicht auch wir das Recht, unser Zusammenleben in einem wiedervereinigten Staat nach unseren eigenen Vorstellungen zu leben?

Hier scheint sich ein Dilemma aufzutun: Wer die eine Frage bejaht, kann die andere nicht verneinen!

Auch in diesem Dilemma wird die Feststellung Jesu bestätigt: „Wer Sünde tut, der ist der Sünde Knecht“. Es ist doch so: Habe ich meinem Nachbarn — oder er mir — Böses zugefügt, so ist es die Aufgabe des Rechtes, den Frieden zwischen uns wiederherzustellen, denn die originäre Funktion des Rechtes ist es, Frieden zu schaffen. Deshalb vertragen sich Recht und Gewalt so schlecht, Recht und Kampf so wenig, weil der Kampf dann das Recht zerstört, und Freiheit und Friede auf der Strecke bleiben.

Dieser diabolischen Ausweglosigkeit, diesem Circulus vitiosus, dieser „Knechtschaft“, in der wir stecken, und die darin besteht, einerseits für die Freiheit kämpfen zu müssen und andererseits die Freiheit gerade dadurch zu zerstören, dieser typischen Situation in der „Sünde“, tritt Jesus in seinem Wort entgegen.

Er tut das nicht, so wie wir das oft tun — wir Christen — mit einem Verweis auf ein Happy-End, etwa

nach dem Motto: Am Ende wird Gott alle befreien, wartet's nur ab. Nein, er nimmt unser Bemühen um Freiheit durchaus ernst. Er nimmt es ernst, daß Menschen unter der Unfreiheit, unter ihrer Knechtschaft, wie immer sie auch aussieht, leiden. Er sagt nicht, unser Ziel „Freiheit“ sei unerreichbar, falsch oder lächerlich. Er bestätigt dies Ziel vielmehr. Und er sagt uns, wie es erreicht werden kann. „Die Wahrheit wird euch frei machen!“

Er sagt uns auch, was wir dazu tun können: „Die Wahrheit erkennen“. Dies stellt er uns damit als Aufgabe, dies stellt er jedem als Aufgabe, dem er begegnet. Er stellte Pilatus diese Aufgabe, indem er sagte: „Wer aus der Wahrheit ist, der hört meine Stimme.“ „Was ist Wahrheit“, antwortete Pilatus voller Resignation.

Lautet unsere Antwort etwa: „Es gibt so viele Wahrheiten, Wahrheit ist so relativ“, dann resignieren wir, wie Pilatus.

Ist es nicht charakteristisch, daß die Wissenschaft heute manches für die Freiheit des Menschen tut, indem sie ihre Erkenntnisse in der Agrarwissenschaft gegen den Hunger einsetzt, in der Medizin viele Krankheiten heilt usw., diese Wissenschaft, deren Grundprinzip das Streben nach der Erkenntnis der Wahrheit ist?

Sollten wir uns nicht viel intensiver um die Erkenntnis der Wahrheit kümmern, wir Christen? Könnten wir so nicht der Freiheit des Menschen einen Dienst erweisen? Unserer Freiheit!

Innerdeutsche Kontakte intensivieren

Erfahrungsbericht über eine Studienreise des EAK Bremen in die DDR

Friedrich Menke

Eine viertägige Studienreise des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Bremen bot Gelegenheit zum Meinungsaustausch und zu fruchtbaren Begegnungen mit Bürgern der DDR.

Der Landesvorsitzende des EAK Bremen, Dr. Friedrich Menke MdB, spricht sich dafür aus, die menschlichen Bindungen und Kontakte zwischen den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland und dem anderen Teil Deutschlands zu erhalten und weiter auszubauen, um vor allem bei der jungen Generation den Gedanken der Einheit der Nation wachzuhalten.

„Willst Du vollkommen werden, so gehe hin, verkaufe alles, was Du hast und gib es den Armen!“ Dieser Text vom reichen Jüngling lag der Predigt zugrunde, die wir am 19. Oktober in der franziskanischen Klosterkirche St. Johann von Neubrandenburg hörten. Wir, 37 Bremer, Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises und andere Interessierte, waren um 10.00 Uhr in die Kirche gekommen. Der Pastor, der diesen Konfirmationsgottesdienst schon um 9.30 Uhr begonnen hatte, unterbrach seine Predigt, lud uns zur Teilnahme ein, und so feierten wir gemeinsam mit den Konfirmanden einen höchst beeindruckenden Abendmahlgottesdienst, an dem auch ein Volksarmist in Uniform teilnahm. Das Dankopfer war bestimmt für die „evangelischen Brüder und Schwestern in den sozialistischen Ländern, besonders in Polen“. Dieser Hinweis fiel auf, weil das Bild von Polen und den gegenwärtigen polnischen Verhältnissen in der DDR eher negativ ist, nicht nur das offizielle. Man wirft den Polen vor, ihre Freiräume auf Kosten der fleißigeren, disziplinierten, linientreueren DDR-Bürger zu verwirklichen.

Die St. Johanniskirche, seit kurzem stilrein, renoviert und mit einer abgetrennten Winterkirche versehen, war gut gefüllt. In den Jahren 1972–1979 sind mit viel denkmalpflegerischer Liebe auch Refektorium, Dormitorium und Wirtschafts-

gebäude dieses Franziskanerklosters restauriert worden. Sie dienen heute z. T. als Standesamt. Vielleicht pflanzen auch heute noch die Jungvermählten eine Eiche, um die Doppelreihe auf den Wallanlagen zu erhalten. Die Wallanlagen und die 2,3 km lange, 7,5 Meter hohe, unten 1,4 und oben 0,6 Meter breite Mauer mit ihrem Feldsteinmauerwerk aus dem 13. Jahrhundert sind das Besondere dieser südmecklenburgischen Stadt. Unser sachkundiger Denkmalspfleger erklärte uns auch die Konstruktion, Funktion und Restauration der ca. 27 (von 53) Wyckhäuser, die in die Mauer eingefügt sind, vor allem aber die Anlagen der vier zum Teil doppel-türigen Toranlagen aus dem 14. Jahrhundert. Neubrandenburg, dessen Innenstadt im April 1945 vollständig zerstört worden ist, hat man schon vor 20–30 Jahren wieder aufgebaut. „Durchläuchtings“ Stadtpalais ist einem sechzehn Stockwerke hohen Kulturhaus gewichen, und die mächtige St. Marienkirche, von der nur noch die Außenmauern stehen, wird ein Konzert- und Veranstaltungshaus werden. Ähnliches ist für die Nikolaikirche von Stralsund geplant. Dies scheint mir besser als ein Abriß, und Altstadtkirchen haben es auch in Bremen schwer, ihre gottesdienstlichen Funktionen voll zu erfüllen, wenn die meisten Menschen außerhalb der mittelalterlichen Mauern leben.

Neubrandenburg zählt mit Rostock zu den Städten, wo die Bevölkerung nach 1950 sehr stark zugenommen hat und untergebracht ist in Wohnblocks, stereotypen 3–4-stöckigen Trabantenstädten, die so wenig reizvoll sind wie die Produkte westdeutscher Sozialisten und der Neuen Heimat, größer, aber durchaus nicht unmenschlicher als Bremen-Osterholz-Tenever oder das Berliner Märkische Viertel.

In den alten Hansestädten des wendischen Quartiers Wismar, Rostock, Greifswald und Stralsund fiel wie bei Neubrandenburg, Güstrow oder Schwerin, den ehemaligen

Residenz- und Ackerbürgerstädten der mecklenburgischen Seenplatte, durch die unsere viertägige Herbstreise uns führte, auf, wie stark die St. Peter, St. Nikolaus, St. Jacobus und St. Marien geweihten Backsteinkirchen noch die Städte beherrschten mit ihren teilweise hundert Meter hoch aufstrebenden, kompakten Westtürmen. Es sind Zeugen einer großen hansischen Vergangenheit, in denen die Städte, im 13.–16. Jahrhundert durch Fernhandel und Verkauf ihrer Biere und Wollwebereien reich geworden, mächtige dreischiffige Hallenkirchen errichteten, Gott und sich zu Ehren; im französischen Kathedralstil, variiert nach den Gegebenheiten, also Backstein statt Sandstein. Am eindrucksvollsten die mit Lübeck wetteifernde Rostocker Marienkirche, eine mächtige kreuzförmige Basilika, die uns die Pastorin eingehend erläuterte. Im Gespräch mit ihr wie mit anderen nachdenklichen Menschen im anderen Teil unseres Vaterlandes wird deutlich, wie leicht, materiell gut wir es haben und wie angenehm es ist, bei Gelegenheit solcher Kirchenbesuche materiell helfen zu können, aber zugleich auch die Erfahrung, wie viel wir lernen können von dem Mut, dem Einsatz, der Frömmigkeit dieser Christen. Gerade die letzten Wochen mit ihren Synoden und Stellungnahmen zum Frieden und der nachhaltigen Forderung nach Friedensdienst für Wehrpflichtige zeugen davon.

Die alten Hansestädte mit ihren bestimmenden Backsteinkirchen, die Klosteranlagen, die Franziskaner und Dominikaner schon wenige Jahrzehnte nach ihrer Gründung in Südeuropa an der Ostseeküste – in Bad Doberan oder Eldena – errichteten, die Bürgerhäuser des 15.–18. Jahrhunderts und die Existenz der alten Universitäten in Rostock (1419) und Greifswald (1456) vergegenwärtigten Alteuropa. So ähnlich, nur ungleich gepflegter sah es auch vor 20–50 Jahren in diesen Stadtkernen aus. Jetzt verfallen

Häuser, werden Ruinen nicht wieder aufgebaut, und doch geben sich die Denkmalspfleger viel Mühe, zu erhalten und die Fachwerkstruktur wieder herzustellen. Die Zeit ist vorbei, in der kostbare Bausubstanz — wie das Berliner Schloß — zerstört wurde. Fortschritte gibt es, in denkmalspflegerisch mehr bevorzugten Städten wie den kriegszerstörten Neubrandenburg, Rostock und Stralsund deutlicher erkennbar als in Greifswald.

Auffallend ist, wie wenig Leuchtreklame, dominierende Schaufenster oder andere Konsumverführer das Straßenbild bestimmen. Alles wirkt ärmlicher, farbloser, eintöniger. Der Mangel an vielfältigen Produkten wird immer noch ausgeglichen durch die Anhäufung desselben Produkts, mag es nun eine Wodkamarke, eine belletristische Neuerscheinung oder Kleidung sein. Dies ist in der Neubrandenburger Thälmannstraße nicht anders als im Rostocker „Fußgängerboulevard“ zwischen dem Kröpeliner Stadttor und dem großen Markt. Trostlos wirken selbst in der Erntezeit die Wochenmärkte in dieser ehemaligen Kornkammer Deutschlands: Kartoffeln, Kohl, Äpfel, Birnen; aber an unsere Wochenmärkte darf man nicht denken, und das 1981!

Ausnahmen gibt es, etwa die Schweriner Musikalienhandlung, die für Studierende und Lehrende des Konservatoriums genügend Noten bereitstellt.

Politsprüche fallen weniger ins Auge und wirken zunehmend als Pflichtübungen. Man muß schon darauf achten, was großschriftig an Fassaden, kleinschriftiger in den Schaufenstern über den Sieg des Sozialismus und die friedensliebende Sowjetunion oder die zu steigernden Arbeitsverpflichtungen steht.

Wir fahren vier Tage, vom Freitag, dem 16., bis zum Montag, dem 19. Oktober, über Lübeck, Wismar, Bad Doberan, Rostock, Stralsund, Rügens Stubbenkammer, Greifswald, Neubrandenburg, Güstrow und Schwerin durch das Land. Gelegenheit zu Gesprächen mit dort Lebenden gab es vor allem in Rostock. Gespräche, die intensiv, offen geführt werden und immer beeindruckend. Man weiß, Brief- und Telefonverbindung wird überwacht, Reisen zur Leipziger Messe oder gar in den Westen sind für Wissenschaftler, Ingenieure, die nicht in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sein wollen, undenkbar. So bleiben nur solche seltenen Treffen. Bewertungen unserer Politiker — Schmidt oder auch Stoltenberg erscheinen genehmer als Strauß — und politischer Umgangsformen kann man akzeptieren, weil hinter aller Kritik der Wunsch nach einer besseren, glaubwürdigeren, anziehenderen Bundesrepublik Deutschland steht. In der Tat könnte dies ein Maßstab für unser Tun und Lassen sein, wie dieses wirken muß auf die Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs.

Die Wiedervereinigung liegt in weiter Ferne. Die Bürger der DDR arrangieren sich mit ihrem Staat loyal, distanziert; der eigene Staat wird nicht durchgängig als Polizeistaat empfunden, bei dem big brother überall aufpaßt. Man redet freier, aber eben nicht frei auf dem Marktplatz. Andererseits identifiziert man sich auch nicht mit dieser sozialistischen Staatsgesellschaft, entwickelt vielmehr sogar eine eher unpolitische, nicht auf grundsätzliche Opposition zielende „Bürgerinitiativenmentalität“. Man will Erhaltenswertes — Straßenbäume, alte Häuser, Kneipen — erhalten. Man lebt wie in einer Nischengesellschaft, in der viele — auch Parteifunktionäre — ihr privates Ni-

schenglück, etwa Wohnung, Datscha, Auto, aber auch Freundeskreis, anstreben und pflegen.

In Wismar stieg Herr S. zu, unser Reisebegleiter von der Berliner Reisebürozentrale. Er wußte über Mecklenburg, seine Geschichte und Kunst nur, was in einem schmalen Reiseführer stand. Dafür versuchte er, auf ungestellte Fragen zu antworten, das heißt zu agitieren. Also erfuhren wir, was ein Facharbeiter verdient und auszugeben hat für Wohnung, Nahrung oder Auto. Richtige Informationen, aber unvollständige. Andere Bürger, die nicht vom Staatssicherheitsdienst geschult waren, erzählten von den indirekten Preiserhöhungen. Normale weiße Bettwäsche ist nicht mehr erhältlich, dafür muß man die sehr viel teurere geblümete erstehen. Beispiele dieser Art lassen sich beliebig vermehren. Wir erfuhren auch von S., warum westliche Zeitungen nicht eingeführt werden dürfen und der Mauerbau nötig sei. Unser vorzüglicher Busfahrer, der ein eigenes Busunternehmen aufgebaut hat, bemerkte dazu trocken-schweykisch: „Ich sehe das anders; mein Grundstück ist auch umzäunt, aber nicht, damit es böse Leute nicht betreten, sondern damit meine Hunde nicht weglaufen.“

Mecklenburg war und ist die Korn- und Kartoffelkammer. Endlos dehnen sich die Getreide- oder Zuckerrübenschläge einer kollektivierten Landwirtschaft. Bauern, die nicht mitmachen wollten, sind zwischen 1950 und 1961 geflohen; geblieben sind landwirtschaftliche und technische Spezialarbeiter mit geregelter Arbeitszeit und mehr kulturellen Angeboten als in Vorkriegszeiten. Um die Landflucht zu verhindern, sind überdies viele Häuser in den Dörfern gebaut und zu guten Bedingungen von jungen Ehepaar-

*Allen Lesern der „Evangelischen Verantwortung“
wünschen wir
eine gesegnete Weihnacht und ein glückliches neues Jahr*

ren erworben worden. Ähnlich verfährt man in Wismar auch mit alten Fachwerkhäusern.

Mecklenburg, Vorpommern sind schön, vor allem im Oktober, wenn das warme Herbstlicht die gold-rotgelben Buchen- und Eichenwälder erglühen läßt, auf Rügen bei der Stubbenkammer wie in der Mecklenburgischen Schweiz bei Treptow. Wir fahren durch diese Wälder, fuh-

ren auf alten Landstraßen, Alleen, bergauf, bergab, an schilfumsäumten Seen und Seenketten vorbei und waren glücklich.

Fritz Reuter hat Land und Leute beschrieben, wir erleben das alte, reiche, schöne Mecklenburg, aber auch das neue, sozialistische, ärmliche; das alte, ackerbürgerliche in Greifswald oder Demmin, das des 20. Jahrhunderts in den neuen

Wohngebieten Rostocks oder in den Werftanlagen Warnemündes.

Die Fahrt war gut, nötig und sollte wiederholt werden; nicht nur die Ostseeküste, sondern auch Quedlinburg, Leipzig oder Potsdam sollten Reiseziele sein. Anschauen, Begreifen des Gemeinsamen und des Trennenden sind nötig. Reisen wir also mehr in die DDR, sprechen wir mehr, lernen wir mehr!

Aus unserer Arbeit

Das christliche Menschenbild und die Soziale Marktwirtschaft 5. Schloß-Bürger-Gespräch des EAK

Schloß Burg: „Dem Thema kommt gerade in einer Zeit enger werdender materieller Möglichkeiten eine besondere Bedeutung zu“. Mit dieser Feststellung leitete der Landesvorsitzende des EAK Rheinland, Dr. Hans-Ulrich Klose MdL, das 5. Schloß-Bürger-Gespräch ein. Diese Gespräche erfreuen sich wegen ihres hohen Niveaus und nicht zuletzt wegen der bekannten und qualifizierten Referenten im Bergischen Land großer Beliebtheit. Dem hohen Anspruch der vorangegangenen Schloß-Bürger-Gespräche entsprachen auch die Beiträge der Redner dieser Veranstaltung, Präses i. R. D. Hans Thimme und des Landesvorsitzenden der CDU Rheinland, Dr. Bernhard Worms MdL. Da die von Präses i. R. D. Hans Thimme seinem Referat zugrunde gelegten Thesen von allgemeinem Interesse auch für unsere Leser sein werden, veröffentlichen wir diese im Wortlaut.

1. Der christliche Gottesglaube und das darin eingeschlossene christliche Menschenbild laufen nicht auf eine einzige und allein gemäße Wirtschaftsform und Gesellschaftsordnung hinaus. Wohl aber bilden sie den kritischen Maßstab, an dem alles menschliche Miteinander zu messen ist.

2. Indem der christliche Gottesglaube und das darin eingeschlossene Menschenbild einen nach Zeitgeschichte, Lage und Umständen weitgefaßten Ermessensspielraum freigeben, setzen sie zugleich dessen entscheidende Eckdaten: Ehrfurcht vor Gott, Verantwortung für Gottes Schöpfung, Respekt vor der Würde des nach Gottes Ebenbild geschaffenen Menschen.

3. Die unsere ganze Gesellschaftsordnung und dementsprechend auch die Soziale Marktwirtschaft bestimmenden Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und

Solidarität erfahren erst vom christlichen Menschenbild her ihre Verbindlichkeit und Eindeutigkeit. Zusammengekommen stellen sie damit das Wertgefüge dar, an dem sich die Soziale Marktwirtschaft zu orientieren hat.

4. Die von der evangelischen und katholischen Kirche gemeinsam verantwortete Denkschrift „Grundwerte und Gottes Gebot“ bezeugt den Dekalog als inhaltliche Füllung der Grundwerte und als „Magna Charta“ aller daran zu orientierenden Verhaltensweisen im privaten wie im öffentlichen Leben.

5. Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie die Sozialenzyklen der Päpste verdeutlichen, wie sich die Kirchen auf der Grundlage des christlichen Gottesglaubens und des christlichen Menschenbildes den konkreten Herausforderungen der Zeit stellen. Sie geben Hinweise darauf, wie die Verantwortlichen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft unter immer komplizierter werdenden Verhältnissen die ihnen zukommenden Entscheidungen treffen können.

6. Die Soziale Marktwirtschaft ist kein starres Schema oder eine ideologisch fixierte Doktrin. Vielmehr versteht sie sich als ein den wechselnden Verhältnissen sich ständig neu anpassendes, flexibles Ordnungsbemühen. Offen für Kritik und bereit für gebotene Änderungen und Reformen bemüht sie sich, höchst mögliche Freiheit für die Initiative des einzelnen mit der unerläßlichen sozialen Verantwortung für Behinderte und Benachteiligte sowie für die Menschheit als ganze zu verbinden.

„Mündiger Bürger wird mit seinem Rechtsbewußtsein Zwänge ablehnen“

Mühlacker: Der Evangelische Arbeitskreis der CDU Mühlacker hatte zu einem Informationsabend in den Musiksaal des Theodor-Heuss-Gymnasiums

eingeladen. Das Thema, interessant und brisant gleichermaßen, lautete: „Rechtsbewußtsein in der Krise?“ Referent war Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

Die einleitenden Grußworte entbot der Vorsitzende des EAK-Enzkreis/Pforzheim, Pfarrer Kurt Meythaler, der neben dem Innenminister auch zahlreiche prominente Gäste, unter ihnen MdL Dr. Roth und den Präsidenten des Landgerichts Dr. Kurt Hörcher herzlich willkommen hieß. In einem vorangestellten biblischen Wort stimmte Pfarrer Meythaler auf das Thema des Abends ein und stellte eine beweisbare Verbindung zwischen Recht und Gott dar.

Minister Herzog ging in einem ausführlichen Vortrag auf das Rechtsbewußtsein in der Bevölkerung ein. Er stellte gleich zu Anfang fest, daß es „keinerlei Krisenstimmung in dieser Richtung zu analysieren gibt“, da das Rechtsbewußtsein „sich in keiner Krise befindet. Das Funktionieren unserer Rechtsordnung ist noch weitgehend sichergestellt, weil sie vom Bürger freiwillig angenommen und befolgt wird“, stellte der Innenminister fest.

Als Jurist und Verfassungsminister könne er aber nicht umhin festzustellen, daß es in der Frage des Rechtsbewußtseins sowohl auf Seiten des Staates als auch der Bevölkerung Defizite gäbe, die, würden sie sich summieren, eine Krise auslösen könnten. Man müsse deshalb versuchen, ersten Anfängen zu wehren.

Ein wirksames Mittel, das Rechtsbewußtsein des Bürgers zu unterstützen, sieht Dr. Herzog in der Vereinfachung und Reduzierung von Gesetzen. Das sei nur zu erreichen, wenn man den sich bürokratisch aufbauschenden, dem Perfektionismus verfallenen Gesetzeswald lichtet und für den Bürger verständlich und überschaubar macht. Eine Rückbesinnung auf die Rechtsgrundlage der zehn Gebote sei dabei dringend erforder-

derlich. Nicht nur die Schulen als staatliche Erziehungsorgane, sondern auch die Familien und die Medien sollten dabei wieder aktiv in „Funktion treten und sich der seit Jahrhunderten gültigen Lebensnormen wieder erinnern und sie entsprechend praktizieren“.

Die Verwissenschaftlichung des Lebens in einer Überbetonung naturwissenschaftlichen Denkens, das nur exakt zu Beweisendes anerkannt, müsse Verständnis für die einfachen Dinge des Lebens weichen. Nur so ließen sich unsere ethischen Grundnormen für die Zukunft bewahren. Hier müsse auch die evangelische Kirche umlernen. Sie habe seit eh und je ein gebrochenes Verhältnis zum Gesetz, weil sie die Gewissensentscheidung des einzelnen in den Vordergrund stelle.

In einer pluralistischen Gesellschaft gebe es aber nur ein Recht für alle, das befolgt werden muß. Einen weiteren Punkt, der zu einer Minderung des Rechtsbewußtseins führen könne, sei die fehlende Überzeugungskraft unserer Rechtsordnung, die auf dem Instanzenweg teilweise durch widersprüchliche Urteile regelrecht gebeutelt würde und für den Mann auf der Straße unklar und unverständlich bliebe. Ein Mißbrauch des Rechts, hervorgerufen durch äußerste Perfektion, müsse verhindert werden.

Das Unrecht gilt nach wie vor. Wenn wir uns auf alte Väterweisheiten zurückbesinnen, würde auch unser Rechtsbewußtsein allen äußeren Angriffen trotzen, sagte Innenminister Dr. Herzog. Bekennen sei dabei mehr als alle Reformen. Als Polizeiminister streifte Dr. Herzog auch die letzte Möglichkeit, Recht und Gesetz durch seine Vollzugs- und Vollstreckungsorgane Geltung zu verschaffen. Diese Maßnahme käme aber nur dort zum Tragen, wo es freiwillig nicht mehr geht, in der Kriminalität und der Terrorismus zumeist zum Beispiel. Der mündige Bürger aber „wird mit seinem Rechtsbewußtsein alle Zwänge von vornherein ablehnen“ und sich in einer freiheitlichen Grundordnung auch in der Zukunft frei entfalten.

„Im Mittelpunkt aller Sorge steht der Mensch“

Simmern: Persönlichkeiten wie Pfarrer Michael Bartelt (Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD), Prof. Dr. Wolfram Engels (Lehrstuhlinhaber für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Frankfurt) und Landtagspräsident Albrecht Martin sowie Waltrud Will-Feld MdB gaben dem 4. Simmerner Gespräch des EAK Gesicht und Gewicht.

Und die Diskussion – im wesentlichen von Theologen bestritten – be-

tonte die Aktualität des Themas: „Das christliche Menschenbild und die Soziale Marktwirtschaft“.

Die einleitende Feststellung Albrecht Martins, daß diese Wirtschaftsform tiefst nicht von wirtschaftlichen, sondern von menschlichen Prinzipien her ihren Ausgang nahm, bestimmte den Inhalt der drei Referate ebenso wie den der Diskussion.

Professor Engels gab zunächst einen Überblick über die historische Entwicklung dieser Wirtschaftsform. Ausgehend von der Lehre des englischen Sozialphilosophen Adam Smith und der Calvinistischen Sozialethik, führte er aus, daß dem Individuum die wesentliche Rolle in dieser Wirtschaftsform zufalle und daß der Staat erst einzugreifen habe, wenn die soziale Situation eines einzelnen oder einer Bevölkerungsgruppe dies dringlich erfordere. Markt und soziales Sicherungssystem müßten sich ergänzen. Der Sozialismus allein habe noch kein wirtschaftlich effektives System schaffen können. Er erzeuge vielmehr nur „intelligente Gauner und dumme Idealisten“.

Pfarrer Bartelt betonte zu Anfang seiner Ausführungen, daß die Soziale Marktwirtschaft seit 30 Jahren erfolgreich sei und daß sie in ihren Grundlagen übereinstimme mit dem christlichen Menschenbilde, indem sie dem Menschen die Freiheit gebe, die ihm nach der Bibel zustünde. Dies schließe aber nicht aus, daß sie immer wieder kritisch überdacht werden müsse, da die Verhältnisse dem Wandel unterworfen seien. Obwohl der Redner wiederholt betonte, daß er Theologe und kein Wirtschaftler sei, ging er doch ziemlich nachdrücklich gerade auf wirtschaftliche Kriterien ein und beschäftigte sich ausgiebig mit den „erkennbaren Problemen“, dem Umweltproblem, dem Beschäftigungsproblem, dem technologischen Problem und dem Verteilungsproblem.

Der Untersuchung, wie weit die Technologie unsere Umwelt und unsere Lebensgrundlagen zerstöre und in welchem Maße die Gewinnung von Atomenergie unser Leben bedrohe, werde nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Zudem hielt er es für fraglich, ob das der Sozialen Marktwirtschaft zugrunde gelegte Prinzip des Glücks- und Lustgefühls die Besitzenden auch hinreichend zu sozialer Aktivität motiviere. Der Mensch sei schließlich von Grund auf böse und müsse zum Gutsein erst herangebildet werden. Er darf nicht festgelegt werden, sondern alle Möglichkeiten, diesen Wandel zu vollziehen, müssen ihm offengehalten werden.

Die von Waltrud Will-Feld (MdB) geleitete Diskussion war ernst und sachlich. Im Prinzip ging es dabei um die Frage, ob ein allzu dicht geknüpftes soziales Netz noch vertretbar sei, ob die Arbeit dabei nicht verteuert werde, ob

die Kirche das Recht habe, sich zum Schulmeister des Staates in Sachen Sozialpolitik zu machen, ob unsere westlichen Vorstellungen von Besitz und sozialer Not gegenüber der Dritten Welt noch haltbar seien. All diese Fragen wurden aus evangelisch-christlicher Sicht und echter Sorge um unsere Zukunft gestellt.

Eine bündige Antwort darauf gab es noch nicht.

EAK-Geschäftsführer warnt vor Lösung von kirchlichen Bindungen

Pinneberg: Vor einer Lösung der CDU von kirchlichen Bindungen hat der Bundesgeschäftsführer des EAK, Wilhelm Staudacher, auf einer Veranstaltung des EAK Pinneberg gewarnt.

Er wies besonders auf die bedeutende gesellschaftliche Kraft der Kirchen hin und vertrat die Meinung, daß Kirchen bessere Sensoren für gesellschaftliche Entwicklungen besäßen als die großen politischen Parteien.

Anhand zahlreicher Zahlenbeispiele hob Staudacher die Bedeutung der Kirchen hervor und machte gleichzeitig deutlich, daß sich insbesondere der Parteienachwuchs der CDU immer mehr von der Kirche abwende. Gerade Veranstaltungen wie der Kirchentag in Hamburg oder auch die Friedensdemonstration in Bonn machten jedoch deutlich, daß die Jugend sich einerseits für kirchliche Fragen verstärkt interessiere und andererseits auch von den Parteien Antworten auf aktuelle Fragen verlange.

EAK-Kreisvorsitzender Hans Bleckmann warnte davor, sich aus Enttäuschung ganz aus der Kirche abzumelden und ergänzte diese Warnung, indem er alle CDU-Mitglieder aufforderte, sich für Posten im Kirchenvorstand ihrer Gemeinde zu interessieren. Gerade in der CDU fänden sich zahlreiche Wähler, deren Beziehungen zur Kirche noch sehr eng seien.

In der auf den Vortrag Staudachers folgenden Diskussion beklagten sich Besucher, daß gerade sogenannte linke Pastoren, die im Talar in Brokdorf predigen, immer wieder in den Schlagzeilen auftauchten und so die gesamte Kirche in Mißkredit brächten.

In einer Abhandlung über die Bedeutung christlicher Politik hat EAK-Vorstandsmitglied Gerd Stockmann aus Pinneberg die Gedanken Staudachers noch weiter fortgeführt. Aus dem EAK-Positionspapier zitierend meinte er, erst einer sich auf das „C“ im Parteinamen besinnenden CDU dürfe es möglich sein, ihre an christlicher Verantwortung orientierte Politik als zukunftsweisend darzustellen.

Gewissen contra Verfassungstreue?

Friedrich Vogel

Das Urteil des Freiburger Verwaltungsgerichts, in dem die Übernahme einer Lehramtskandidatin in den Vorbereitungsdienst abgelehnt wurde, weil diese sich unter Berufung auf ihr Gewissen weigerte, die gesetzlich vorgeschriebene Erklärung über ihre Verfassungstreue zu unterschreiben, hat sehr kritische Kommentierungen, insbesondere auch von kirchlicher Seite gefunden.

Der Bundestagsabgeordnete Friedrich Vogel, Mitglied des EAK-Bundesvorstandes, nimmt zu diesem konkreten Fall und grundsätzlich zum Postulat der Verfassungstreue Stellung.

Ein Urteil des Verwaltungsgerichts in Freiburg hat Aufsehen erregt. Nach dem Spruch der Freiburger Richter kann eine Lehramtskandidatin nicht in den Vorbereitungsdienst übernommen werden, weil sie die Unterzeichnung der „Belehrung und Erklärung zur Verfassungstreue“ mit der Begründung verweigert hat, bei verbindlichem Verhalten nach dem Evangelium und der katholischen Glaubenslehre müsse sie vielleicht einmal andere Ansichten vertreten als der Staat. Nach der Begründung des Urteils „kann auch ein katholischer Beamtenbewerber, der sich infolge religiöser Bindungen außer Stande sieht, eine unbedingte und uneingeschränkte Treueverpflichtung gegenüber dem Staat einzugehen, nicht in das Beamtenverhältnis übernommen werden“.

Gegen dieses Urteil ist polemisiert, aber auch Nachdenkenswertes gesagt worden. Zehn evangelische und katholische Theologen der Universität in Tübingen erinnern an die Forderung im Neuen Testament, man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen. Ein katholischer Theologieprofessor der Gesamthochschule Paderborn macht in dem Urteil die Einholung eines quasi-religiösen Bekenntnisses zum Staat „gegen Sinn und Wortlaut des Gesetzes“ aus. „Per Gerichtsbeschuß“, so dieser Theologe, „wird dekretiert, daß das religiöse Bekenntnis zu Gott in badi-schen Landen nunmehr verfas-

sungsfeindlich sei!“ Das Gericht, so sein Urteil, „maßt sich eine staats-theologische Kompetenz mit unbedingten Forderungen nach uneingeschränkter Staatstreue an“. „Bis auf Widerruf“, so seine Schlußfolgerung, „gilt also für alle katholischen und evangelischen Professoren, Religionslehrer und kirchlichen Beamten“, daß sie wegen ihrer Glaubensüberzeugung „nicht in der Lage“ sind, „die Pflichten als Beamte jederzeit und in vollem Umfang zu erfüllen“. Der „Spiegel“ macht gar aus, daß nach dem Freiburger Urteil „nicht mal Jesus Christus hätte Beamter werden dürfen“. Er wittert

erfüllt ebenso vielfältige wie komplizierte Aufgaben, von deren sachgerechter, effizienter, pünktlicher Erfüllung das Funktionieren des gesellschaftlich-politischen Systems und die Möglichkeit eines menschenwürdigen Lebens der Gruppen, Minderheiten und jedes Einzelnen Tag für Tag abhängt. Ohne einen intakten, loyalen, pflicht-treuen, dem Staat und seiner verfassungsmäßigen Ordnung innerlich verbundenen Beamtenkörper kann der Staat diese Aufgaben nicht erfüllen. Deshalb verlangt die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland von allen Beamten, daß sie die Gewähr bieten, jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzutreten, und daß sie daran keine Zweifel aufkommen lassen. Von den Beamten wird also mehr verlangt als nur nicht verfassungsfeindlich zu sein. „Gemeint ist“, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem berühmten Beschluß vom 22. Mai 1975 ausgeführt hat, „vielmehr die Pflicht zur Bereitschaft, sich mit der Idee des Staates, dem der Beamte dienen soll, mit der freiheitlichen demokratischen, rechts- und sozial-staatlichen Ordnung dieses Staates zu identifizieren“. Es erklärt für unverzichtbar, „daß der Beamte den Staat – ungeachtet seiner Mängel – und die geltende verfassungsrechtliche Ordnung, so wie sie in Kraft steht, bejaht, sie als schätzenswert anerkennt, in diesem Sinne sich zu ihnen bekennt und aktiv für sie eintritt“, daß er „die bestehenden verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Vorschriften beachtet und erfüllt und sein Amt aus dem Geist dieser Vorschriften heraus führt“, sich also nicht auf „eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung“ beschränkt. Wer glaubt, diesen Forderungen – aus welchen Gründen auch immer – nicht nachkommen zu können, muß darauf verzichten, Beamter oder Richter zu werden.

Dies Anforderungen haben nichts mit einer staats-theologischen Über-

Unsere Autoren:

Prof. Dr. Roman Herzog, MdL
Innenminister
Dorotheenstraße 6
7000 Stuttgart 1

Bundestagspräsident a. D.
Kai-Uwe von Hassel, MdEP
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
5300 Bonn 1

Gustav Wiegand
Informationsdienst der
Evangelischen Allianz – idea
Postfach 18 20
6330 Wetzlar

Pfarrer Manfred Schmidt
Hinsbergstraße 29
5600 Wuppertal 2

Dr. Friedrich Menke, MdBB
Am Wall 135
2800 Bremen 1

Friedrich Vogel, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn

Dr. Hans-Georg Knoche
I. Hs.
Messerschmitt-Bölkow-Blöhm GmbH
Postfach 80 11 49
8000 München 80

eine Gleichstellung radikal-religiöser Bewerber mit Linksextremisten und Neonazis.

Die Kritik an dem Freiburger Urteil beruht auf einem falschen Verständnis des Dienstverhältnisses zwischen dem Beamten und dem Staat, aber auch auf – tatsächlichen oder geflüsterten – Mißverständnissen. Der Staatsdienst verlangt Treue zu Staat und Verfassung. Der moderne Vorsorgestaat

höhung des Staates zu tun. Auch dem Beamten steht das Recht zu, an ihm nicht gefallenden Erscheinungen in unserem Staat Kritik zu üben und für Änderungen der bestehenden Verhältnisse einzutreten, solange er dabei den Staat selbst und seine verfassungsmäßigen Grundlagen nicht in Frage stellt. Will er etwas ändern, muß er das innerhalb des Rahmens der Verfassung und mit den verfassungsrechtlich vorgesehenen Mitteln tun. Schon gar nicht ist der Beamte verpflichtet, sich mit den Zielen oder einer bestimmten Politik der jeweiligen Regierung zu identifizieren. Wenn von Treue zur Verfassung gesprochen wird, dann schließt das auch die volle Wahrnehmung der einzelnen Grundrechte im Rahmen der gesetzlichen Ordnung ein. Dazu gehört nicht zuletzt das Grundrecht der freien Religionsausübung.

Was nicht angeht, ist, daß der Beamte, was immer seine Beweggründe sein mögen, die bestehen-

den verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Vorschriften, zu deren Beachtung er verpflichtet ist, zu seiner beliebigen Disposition stellt. Würde der Staat das hinnehmen, müßte das zu seiner Auflösung führen. Dementsprechend hat die Evangelische Landeskirche in Württemberg im Falle der Ablehnung der Übernahme eines Religionslehrers in das Beamtenverhältnis, der erklärt hatte, er wolle seinen Beamteneid nur mit dem Zusatz leisten, daß er aus christlichem Gewissen heraus notfalls für die „Intention der im Grundgesetz formulierten freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegen ihre mangelhafte Verwirklichung in der Bundesrepublik Deutschland und im Lande Baden Württemberg“ eintreten wolle, dem Staat das Recht zuerkannt, „von einem Bewerber zu verlangen, daß er seine Zustimmung zu bestimmten, klar umgrenzten Prinzipien der Verfassung ausdrücklich und ohne Einschränkung und Vorbehalt erklärt“, und klargestellt, daß

das Grundgesetz dem „unabdingbaren Gebot für jeden Christen, Gott mehr zu gehorchen als den Menschen“, nicht entgegenstehe. Und das Freiburger Ordinariat meinte im Fall der Lehramtskandidatin, diese könne sich dann nicht auf die katholische Auffassung berufen, wenn sie die Berechtigung des Staates zur ausdrücklichen Erklärung der Loyalität nicht anerkenne. In einem Interview mit der Berliner linksradikalen „tagesszeitung“ erklärte die Lehramtskandidatin ihre Position u. a. wie folgt: „Ich habe noch nicht entschieden, ob ich in der katholischen Kirche die Freiheit finde, die ich brauche. Eine Gemeinde im urchristlichen Sinne gehört nämlich zu meiner Utopie dazu, auch ohne Privateigentum. Diese Ideale sind ja in der 68er Bewegung unter anderen Namen auch aufgetaucht. Für mich könnte die Kirche die Institution sein, in der all dies verwirklicht wird. Daß sie das jetzt nicht ist, wissen wir . . .“.

Friede ist mehr als die Abwesenheit von Krieg

Hans-Georg Knoche

„Wirklichen Frieden werden wir nur erlangen, wenn es gelingt, die Quellen des Friedens im Menschen und seinen Gemeinschaften neu zu entdecken“. Der Naturwissenschaftler Dr. H.-G. Knoche verweist deshalb auf die Kräfte des Glaubens und die Bibel, die Wege zum Frieden aufzeigen können. Vier konkrete Vorschläge für Kirche und Politik stellt er zur Diskussion.

Selten ist etwas so hoch frequentiert und engagiert in die politische Diskussion gekommen wie das Wort Friede. Es bewegt alle politischen Gruppierungen, es durchdringt Verbände, kirchliche Institutionen, Schulen und Hochschulen, ja ist Thema manchen ernststen Dialogs, der nicht nach außen dringt. Gründe für dieses außergewöhnliche Engagement haben wir nicht lange zu suchen: plötzlich ist vielen offenbar geworden, daß der seit 1945 in Europa herrschende Zustand, den wir Frieden nennen (obwohl es ja für uns Deutsche nur ein

Waffenstillstand ist, wir haben keinen Friedensvertrag!), nicht selbstverständlich ist, ja daß die Phase ohne Waffengänge ein Ende haben kann. Die durch die Rüstungsanstrengungen in Ost und West ausgelöste Betroffenheit ist deshalb so erheblich, weil jetzt offensichtlich bewußt wird, was es heißt, mit der Atombombe zu leben. Was vor über 20 Jahren von Karl Jaspers, Romano Guardini, C. F. von Weizsäcker und anderen warnend vortragen und geschrieben wurde, daß „wir von Hiroshima ab wissen, daß wir am Rande des Untergangs leben und weiterhin leben werden, solange die Geschichte währt“ (Guardini), erreicht jetzt über mehr oder weniger zwangsläufige politische Entscheidungen wie den Nachrüstungs-doppelbeschuß das Bewußtsein der Allgemeinheit.

Die Reaktion ist diffus und läßt nicht erkennen, daß man sich der Gefahr stellen will, eher scheint man ihr entfliehen zu wollen. Die

irrationalen Momente der Sorge und Angst überwiegen, man möchte weiterleben wie bisher, als man die Bedrohung nicht gesehen hat und ihre Konsequenzen verdrängte. Aber Jaspers hat bereits 1949 formuliert: „Wer weiterlebt wie bisher, hat nicht begriffen, was ist“. Offensichtlich genügt es nicht, den politisch Verantwortlichen zu beeinflussen, um die Situation zu meistern — es geht um eine völlig neue Einstellung des Menschen zum Leben, zur Natur, um neue Grundhaltungen im Umgang miteinander im Kleinen wie im Großen. Es scheint, als sei die gegenwärtige Friedensdiskussion ein Prüfstein für die Fähigkeit unserer Gesellschaft, solche deutlich veränderten Einstellungen und Haltungen entwickeln zu können.

Seit dem Interview des Bundeskanzlers mit den Evangelischen Kommentaren und den Äußerungen evangelischer Theologen über die Verteidigung des Friedens mit Waffen, die mit dem christlichen

Glauben unvereinbar sei, hat die Diskussion eine über die Realpolitik hinausgehende Dimension gewonnen. Diese Erweiterung kann zu einer Bereicherung führen, wenn es uns gelingt, ein neues Denken über den Frieden zu lernen und zu üben. Denn mit der bisherigen Argumentation, die um das Für und Wider zum Nachrüstungsdoublebeschuß, um Frieden mit oder ohne Waffen kreist, stecken wir in einer Sackgasse.

Ein solcher Denkprozeß sollte damit beginnen, die Quellen des Friedens im Menschen und seinen Gemeinschaften neu zu entdecken. Das führt über die Ratio hinaus in die Irrationalität und in die Transzendenz. Hier beginnt die Schwierigkeit, die Brücke zu schlagen zwischen dem ethisch-religiösen Bereich und dem Alltag der praktischen Politik. Es genügt nicht, die Bergpredigt zu zitieren ohne sich der Knechtsarbeit zu unterziehen, diese Aussage dem politisch zum Handeln Berufenen zu transferieren, so daß sie ihm in seiner Situation unter den ihm vorgegebenen Bedingungen eine Hilfe werden kann. Die fordernde Empfehlung „Frieden ohne Waffen“ ist zu billig und das Evangelium zu teuer, als daß man sich damit der Verantwortung entziehen könnte, in die wir alle eingebunden sind. Wer so die Bibel „anwendet“, läuft Gefahr, ihre Aussage zur Ideologie, zu einem Denkraum seiner eigenen Vorstellungswelt, zu verkürzen.

Deshalb bedarf es eines Miteinanders beim Hören auf Gottes Wort und beim Antwort-Suchen auf die Fragen, die der Alltag stellt. So kann die Transzendenz in den Raum des politischen Handelns hineinwirken, so können sich Wege zum Frieden auf tun, die in unserer derzeitigen geistigen Landschaft verschüttet sind.

Die Bibel selbst liefert uns Hilfen, einen neuen Denkansatz zu finden. Sie stellt den äußeren Frieden des Volkes Israel in Beziehung zu dessen Haltung gegenüber Gottes Gebot. Ob es die Auslöschung von Sodom ist oder die Verbannung des Volkes Israel nach Babylon mit der Zerstörung Jerusalems – um diese bekannten Beispiele herauszugreifen – diese Ereignisse stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verweigerung des Gehorsams und einer Verkehrung der Verkün-

digung des Gottes-Wortes in Götzendienst. Dem Gericht über Sodom geht die Fürbitte Abrahams voraus: er „verhandelt“ mit Gott, dem Herrn, der doch nicht Gottlose und Gerechte gleichermaßen vernichten könne. „Es möchten vielleicht 50 Gerechte in der Stadt sein ...“ und dann folgt dieses unsagbar kühne und leidvolle Herunterhandeln auf 10 Gerechte. Aber auch diese sind nicht in der Stadt zu finden, über die nun das Unheil hereinbricht. Äußerer Friede, Wohlergehen eines Volkes abhängig vom Gehorsam gegen Gottes barmherzige und lebensspendende Ordnung? Diese Frage ist auch uns gestellt – zumal dann, wenn wir uns auf die Bibel berufen. Offenbar wirkt die Transzendenz in den rationalen Bereich hinein, aber nicht mit Mitteln und Wegen, die uns geläufig sind, sondern auf verborgenen und mit dem Verstand allein nicht erfassbaren Spuren, die zu sehen und denen zu folgen ein anderes Vermögen des Menschen beanspruchen. Die Bibel nennt es Weisheit – ein Begriff, den die moderne Zeit wegrationalisiert hat – die ihren Ursprung in der „Furcht des Herrn“ hat, die zu neuen Erkenntnissen und Einsichten führt.

Versuchen wir dies auf unsere Situation anzuwenden. Die Bibel könnte fragen, wie es denn mit dem inneren Frieden bei uns aussieht. Was antworten wir darauf in Anbetracht der Tatsache, daß in unserer Republik per anno 20–30 Tausend Kinder krankenhausreif und an die Tausend zu Tode geschlagen werden, daß eine Unzahl Gewalttaten an Frauen geschehen trotz aller emanzipatorischen Bemühungen? Wie stellen wir uns dem Problem der Verkehrsoffer – deren Zahl die Opfer der Hiroshima-Bombe schon weit übersteigt – die wir auf dem Altar des motorisierten Wohlstands darbringen, ohne wenigstens den Versuch einer radikalen Änderung unseres Verkehrsverhaltens im Sinne von Rücksicht und Verzicht zu unternehmen?

Wer diesen Überlegungen nachgeht, wird entdecken, daß dieses nur die Spitze des Eisbergs einer großen Inhumanität der Gewalt und physischen und psychischen Mißachtung des Menschen in unserer Gesellschaft ist. Hier Frieden zu schaffen, ist eine vordringliche Aufgabe – sie kann nicht an die ano-

nyme Institution „Staat“ oder an karitative Verbände abgetreten werden.

Innerer Friede, innere Ordnung ist wiederum eine Folge des Friedens des Menschen, den er suchen und finden kann. Dieses Angebot der Bibel gilt heute und ist dort verbürgt durch den, dessen Erscheinen das „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden unter den Menschen, an denen Gott Wohlgefallen hat“ unüberhörbar in unsere Geschichte gebracht hat.

Gewiß – es scheint paradox oder weit hergeholt, daß das Bethlehem-Ereignis etwas mit einer atomaren Bedrohung oder Auseinandersetzung im 20. Jahrhundert zu tun haben soll. Doch läßt uns die geschichtliche Situation keine andere Wahl, als diese Möglichkeit auszuloten und von daher neue, vielleicht utopisch scheinende Wege zum Frieden zu finden. Solche Wege zum Frieden könnten die folgenden Vorschläge und Anregungen aufzeigen:

1. Die Kirchen ergreifen eine Initiative zur Neugestaltung des inneren Friedens in unserem Land. Sie entwickeln mit ihren Institutionen und ihren Gemeinden eine Vorwärtsstrategie zur Vermeidung von Mißachtung des Menschen und jeglicher Gewaltanwendung (Es gibt dazu ein gutes Wort: Der Krieg fängt in der Kinderstube an. Die Bibel setzt den Brudermord von Kain an Abel an den Beginn der Weltgeschichte!). Sie setzt aus ihrem geistlichen Impetus die geistigen Leitideen für die Rückgewinnung des Friedens in unseren Häusern und auf unseren Straßen. Sie definiert die Lebensqualität neu und befreit den Menschen von der Selbstsucht nach Wohlfahrt und Nutzen und beweist und bezeugt, daß Dienen mehr Leben in sich birgt als Verdienen.

2. Innerer Friede setzt in der politischen Auseinandersetzung Vertrauen und Ehrlichkeit, Demut und Dankbarkeit voraus. Diese und andere ethischen Kategorien sind im politischen Leben unterbewertet und deshalb unterentwickelt. Sie sind aber die Basis für einen Neubeginn auf vielen Gebieten unseres Lebens in Familie, Staat und Gesellschaft. Einer durch ethische Dimensionen bereicherten politischen Diskussion würden sich viele

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 58 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 208, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

Menschen wieder öffnen und anschließen, wo sie jetzt mit Mißtrauen und Unverständnis beiseite stehen.

3. Die Kirchen stellen mit den Parteien den Konsens über Verteidigungsbereitschaft, Verteidigungswürdigkeit und Friedensbemühung in unserer Gesellschaft wieder her. Es ist zunächst ein Akt der Unfairneß und der Mißachtung unserer jungen Demokratie, wenn wir nicht mehr gemeinsam erkennen, daß dieser unser Staat sich nur entwickeln konnte, weil andere Länder bereit waren und noch sind, für unsere Freiheit einzustehen. Ohne die Garantie der Westmächte für West-Berlin und ohne deren Einsatz für diese Stadt bei der Blockade 1948 wäre diese Stadt nicht mehr frei. Es ist unverständlich und beschämend zugleich, wenn in unsachlicher Form das anonyme „Washington“ des Mißbrauchs des

Verteidigungsbündnisses bezichtigt wird, wobei solche Rede nur unter dem Schutz dieses Bündnisses möglich ist. Wenn zum anderen Pfarrer, die eo ipso des Dienstes in der Bundeswehr enthoben sind, sich gegen diese wenden, so verweigern sie ein Mindestmaß an Solidarität gegenüber jenen, die sich für einen Dienst zum Schutze unserer staatlichen Ordnung bereitfinden.

4. Viele Menschen unserer Zeit leiden unter einer Sinnverfehlung ihres Lebens. In unserer pluralen Gesellschaft ist der Lebensinhalt degeneriert zum Prinzip des Konsums im weitesten Sinne mit dem Ziel, diesen zu maximieren bei minimalem persönlichen Einsatz. Dies ist wider die Struktur des Menschen. Menschenbildung hat in unserem Bildungssystem keinen Stellenwert, dieses ist zum reinen Ausbildungssystem mit umstrittener

Qualität verkümmert. Arbeitsethos, schöpferische Tätigkeit und Dienst am Mitmenschen haben ihre Wertschätzung weithin verloren.

Politische Organe sollten gemeinsam mit den kirchlichen Organisationen eine Diskussion mit der Jugend aufnehmen über den Sinn des Lebens, über die rechte Werthaltung und über die Relation von Freiheit und Verantwortung in unserer Zeit. Wir haben ein Höchstmaß an Freiheit der Rede und der Gestaltung dieser unserer Welt, eine Freiheit, die auf der christlichen Botschaft über Jahrhunderte gewachsen ist. Sie ist keine Selbstverständlichkeit, sondern muß stets neu erworben werden.

Es mag andere und bessere Schritte geben, die dem Frieden dienen. Sie sollten jedoch geprägt sein durch die unbegrenzte Hoffnung, daß wir von Gott zum Leben berufen sind.

Aus unserer Arbeit

Leistungsprinzip muß „vermenschlicht“ sein

Münster: „Das christliche Menschenbild und die Soziale Marktwirtschaft“ - ein Thema, zu dem kürzlich der Evangelische Arbeitskreis und die Mittelstandsvereinigung der CDU Westfalen-Lippe mit dem Wirtschaftsrat der CDU für einen Diskussionsabend zusammentrafen. Als „kontroverse“ Referenten sprachen Kirchenrat Tilmann Winkler und Staatssekretär Prof. Dr. Johann Dierich Hellwege im Spiegelsaal der Bahnhofsgaststätten.

So kontrovers indes wie erwartet wurde es nicht. Nicht ohne zuvor vor seiner eigenen Dialektik gewarnt zu haben, erläuterte Winkler die „christlichen Kriterien, an denen eine Wirtschaftsordnung zu messen sei. Voraus-

gesetzt sei die „Bejahung des Leistungsprinzips“ - es müsse allerdings „vermenschlicht“ werden. Weiter gehe er aus von der „Zusammengehörigkeit von Leistung und Solidarität“ - reine Marktwirtschaft ohne „Brüderlichkeit“ sei „unmenschlich“.

Anerkannt werden müsse vor allem die „Ambivalenz der Werte“ - Leistung und Wettbewerb seien Segen und Fluch des Menschen zugleich: „Wir müssen uns zum Leistungsprinzip bekennen, weil Gott dem Menschen das Mandat zur verantwortlichen Haushalterschaft in dieser Welt gegeben hat“. Für eine Abwägung hätten „das Prinzip der Gerechtigkeit, die Bedeutung der Askese und des Opfern, die Wahrung des Interessengleichgewichts, das Prinzip des sozialen Ausgleichs und die Korrekturerfordernis der Marktwirtschaft“ zu sorgen.

Co-Referent Hellwege konnte da nur zustimmen, behielt sich aber vor, „als Historiker andere Worte und andere

Schwerpunkte“ zu wählen. Etwa die Frage: Was geht in jungen Menschen vor, die die Soziale Marktwirtschaft trotz aller Vorteile skeptisch beurteilen? Unsere Wirtschaftsordnung sei nun einmal vom technischen Fortschritt gekennzeichnet, der immer undurchschaubarer werde. Die Angst, die heute oft das politische Denken bestimme, suche sich deshalb „irrationale Objekte“; mit der Ablehnung der Sozialen Marktwirtschaft beginne die „Verteufelungskette“.

„Und dann“, so der Staatssekretär weiter, „fragt sich doch der Unternehmer vor dem Scherbenhaufen: Warum versteht mich keiner? Die Kritik komme nie von Wirtschaftswissenschaftlern, sondern von Leuten mit selbsternanntem „moralischen Anspruch“. Diese versuchten selbst, ihre Wertvorstellungen im alternativen Leben zu verwirklichen. „Aber man muß doch einmal aussprechen, auch wenn es hart ist“, fuhr Hellwege fort, daß gerade das „oft die Parasiten des Solidarsystems sind“.